

# STILLE SUBVENTIONEN, VERDECKTE KOSTEN, OFFENE RECHNUNGEN

Die Milliardenumsätze der Fleischindustrie zeigen nicht, was ihre Produkte wirklich kosten. Wer Fleisch isst, zahlt dafür dreimal: als Käufer, als Steuerzahler und als Umweltnutzer, gemeinsam mit der Natur selbst.

**R**und 1,3 Milliarden Menschen weltweit leben von der Viehzucht. Die Mehrheit von ihnen lebt in Ländern des Südens; sie halten einige Haustiere, meist Hühner, manchmal Rinder oder Schweine. In den Industrie- und Schwellenländern hingegen sinkt die Zahl der Tierhalter, die Branche industrialisiert sich, die Umsätze der Fleischmultis wachsen.

Die Konzerne in den USA, die den heimischen Markt versorgen, haben große Anteile an eine Gruppe neuer Konkurrenten abgegeben. Die Liste der zehn größten Fleischerzeuger wird inzwischen von einem Unternehmen aus Brasilien angeführt, JBS mit einem Umsatz von 35 Milliarden Dollar. 2011 gingen auch die Plätze 3 und 5 aus diesen Top Ten in das südamerikanische Land. Je drei Firmen stammen aus den USA und der EU mit ihren großen Binnenmärkten, darunter die deutsche Tönnies-

Gruppe. Die Nippon Meat Packers schließlich stehen für Japan, den weltgrößten Fleischimporteuer.

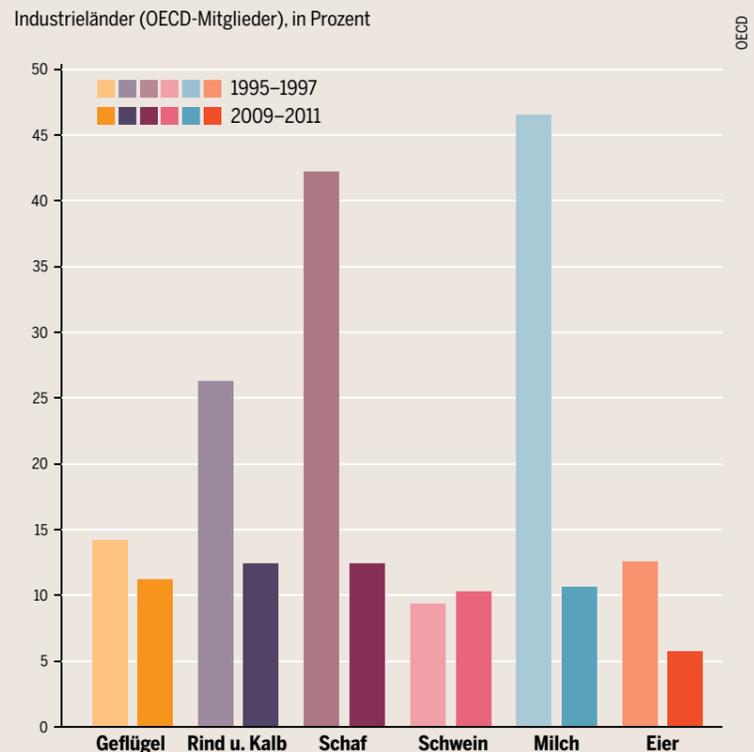
Die gewaltigen Gewinne dieser Firmen beruhen nicht nur auf Eigenleistung, sondern auch auf den Umweltschäden durch Tierhaltung und Futtergetreide sowie auf staatlichen Beihilfen. Eine ökologische und ökonomische Gesamtbilanz der Branche steht aus. Aber ihre Umrisse sind erkennbar. Drei Rechnungen werden beim Kauf tierischer Lebensmittel ausgestellt: eine dem Konsumenten, eine dem Steuerzahler und eine der Natur. Die erste dient einem einzelnen Käufer für seine Preisvergleiche, die zweite und die dritte stellen verdeckte Subventionen für die Hersteller und Händler dar.

Die Kosten, die die Umwelt zu tragen hat, sind wahrscheinlich die höchsten, doch sie sind nur schwer zu berechnen. Dazu gehören die Schäden aus Massentierhaltung, die zur Überdüngung führen, nicht nur durch die Gülle, sondern auch durch die mineralische Düngung von Futtermais und -getreide. Wenn sich die Trinkwasserqualität eines Brunnens wegen hoher Nitratbelastung allmählich verschlechtert, sind die Kosten nur schwer zu berechnen – sie werden erst erkennbar, wenn der Brunnen geschlossen werden muss und die betroffene Gemeinde ihr Trinkwasser von weit her holen muss. Externalisierte Kosten – solche, die nicht in den Preis eines Produkts eingehen – entstehen auch, wenn der Boden als Filter von Regenwasser wegen Überdüngung an Leistungskraft verliert, die Erosion fruchtbare Erde fortträgt, die Artenvielfalt in den Gewässern zurückgeht und am Ende Fischer und Touristen unter Algentepichen leiden. Massive Konsequenzen für die Menschen liegen noch weiter von der eigentlichen Ursache entfernt: Die Abgabe von Ammoniak aus Intensivtierhaltungen in die Atmosphäre trägt zum Klimawandel bei, erhöht das Krebsrisiko und verkürzt die Lebensdauer.

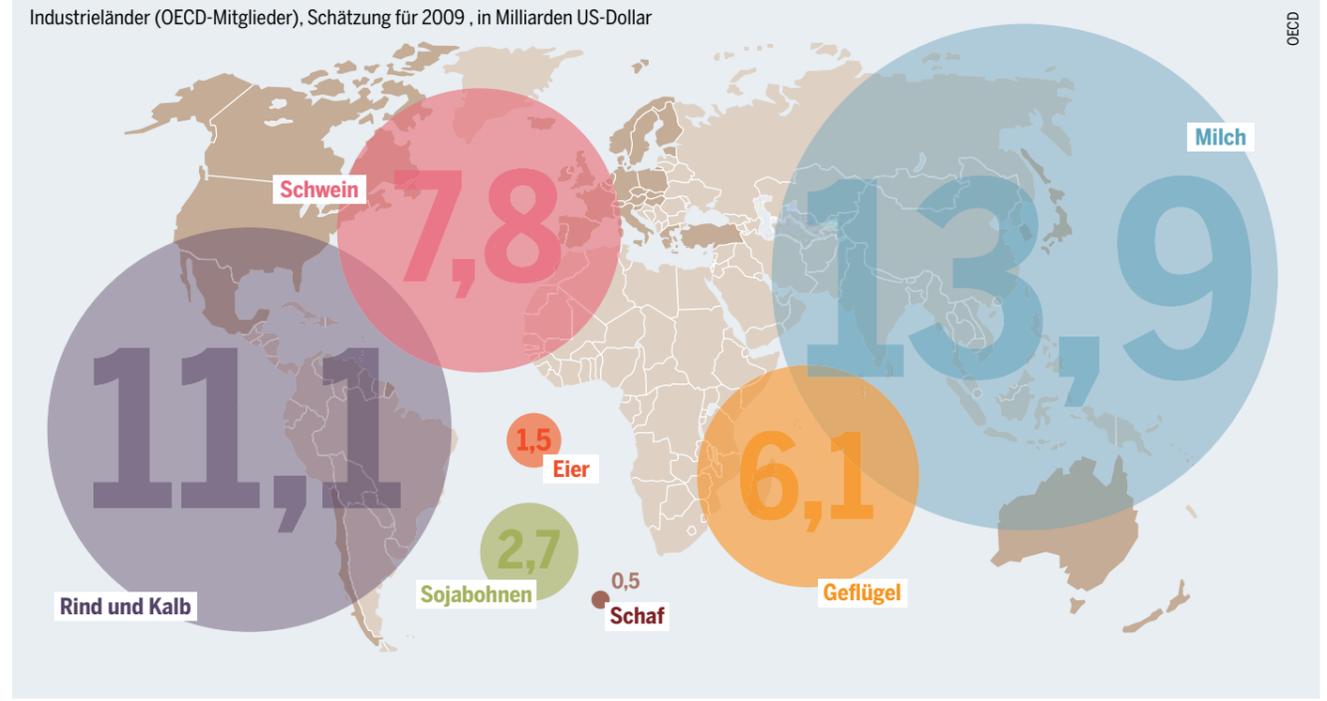
In Deutschland geht ein Fünftel dieser Stickstofffracht im Agrarsektor allein auf Tierfutterimporte zurück. In der europäischen Landwirtschaft, schätzte im Jahr 2011 das European Nitrogen Assessment, liegen die Schäden durch den Einsatz von Nitrodüngern bei 70 bis 320 Milliarden Euro. Die Studie schlussfolgerte: Die Kosten für den Stickstoff, der in die Umwelt abgegeben wird, wiegen schwerer als die positiven Ergebnisse wie höhere Erträge, hauptsächlich wegen der

Ökologen wollen diese Subventionen umverteilen, Freihändler wollen sie streichen

## Geld vom Staat (1) – Anteil der Zuschüsse an den Erzeugerlöhnen



## Geld vom Staat (2) – direkte Zuschüsse für tierische Erzeugnisse



Folgen für die Gesundheit des Menschen. Entsprechend hoch ist die Rechnung, die durch die Fleischproduktion für die Umwelt entsteht.

Neben der Subventionierung durch die Natur ist die Subventionierung mit öffentlichen Geldern der andere große unbekannt Faktor der Fleischrechnung. Milliarden schwere EU-Beihilfen umfassen unter anderem Flächenzahlungen und die Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur, insbesondere die Hälfte für den Futtermittelhandel. Die EU fördert zudem Investitionen in Ställe mit bis zu 50 Prozent, ein mächtiger Anreiz, mehr Schweine, Geflügel und Rinder zu produzieren. Zusätzlich stehen im EU-Haushalt jährlich über 240 Millionen Euro direkt für die Fleisch verarbeitende Industrie zur Verfügung. Ein weiterer Billigmacher sind die niedrigen Löhne auf Schlachthöfen in Ländern wie Deutschland, in denen ein verbindlicher Mindestlohn fehlt.

Im Jahr 2013 werden die EU-Mitgliedsländer wieder über eine Agrarreform verhandeln. Aus diesem Anlass fordern Umwelt- und alternative Bauernverbände ein „Greening“ der direkten Subventionen: Sie wollen verbindliche Leistungen für die Umwelt im Gegenzug zu den Subventionen pro Hektar Land. Ziel einer solchen Wende in der Agrarpolitik ist eine ökologische Infrastruktur zur Rettung der Artenvielfalt. Subventionsempfänger sollen künftig Sojaimporte durch heimische Futtermittel und Maismonokulturen durch umweltfreundliche Fruchtfolgen ersetzen. Außerdem müssten Wiesen und Weiden erhalten und die Überdüngungen sofort gestoppt werden. Ein solches „Greening“ würde die Fleischwirtschaft zu spüren bekommen, die Futtermittel würden deutlich teurer. Doch die gesellschaftlichen Kosten, die Summe der drei Rechnungen, lägen niedriger als bisher. ●

Ein „Greening“ der EU-Beihilfen geht nur gegen die europäische Agrarlobby

## Direkte Zahlungen für Tiere

